Beschlussvorlage

nichtöffentlich öffentlich

Fachbereich/Sg.: FB1	Az.:	Datum: 01.02.2022	Vorlage Nr. 2022/0017/FB1
-------------------------	------	----------------------	------------------------------

Beratungsfolgen		TOP	Termin	Zuständigkeit	Abstimmung
Stadtrat	Ö		08.02.2022	Entscheidung	

BETREFF

Überprüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bad Dürkheim für die Jahre 2016 - 2021 durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz

Beschlussvorschlag:

Das Ergebnis der überörtlichen Prüfung durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz und die Stellungnahme der Stadtverwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister/Dezernent/in:

Finanzielle Auswirkungen:

Begründung:

Der Rechnungshof hat auf Grund § 110 Abs. 4 GemO in Verbindung mit § 111 Abs. 1 LHO die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt geprüft.

Die Prüfung erstreckte sich auf die Jahre 2016 bis 2021. Soweit erforderlich wurden auch Vorgänge aus früheren Jahren in die Prüfung einbezogen. Das Schwergewicht lag auf Geschäftsvorgängen der jüngeren Zeit. Die Prüfung beschränkte sich auf Stichproben.

Die örtlichen Erhebungen wurden von März 2020 bis Mai 2021 mit Unterbrechungen durchgeführt. Am 09. Juli 2021 hat der Rechnungshof der Verwaltung den Entwurf der Prüfungsmitteilungen übersandt.

In der nachfolgenden Zeit erfolgte die Überprüfung der Prüfungsmitteilungen, mit Schreiben vom 06. Oktober 2021 hat die Stadtverwaltung sich zu den Prüfungsmitteilungen geäußert.

Der endgültige Prüfungsbericht des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz vom 18. November 2021 ging der Verwaltung mit Schreiben vom 30. November 2021 (Posteingang: 03. Dezember 2021) zu.

Auf § 33 GemO und die VV zu § 33 GemO wird verwiesen.

Danach ist der Stadtrat über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde, insbesondere über das Ergebnis überörtlicher Prüfungen zu unterrichten.

Im Hinblick auf die geringe Zahl von offenen Prüfungsfeststellungen wurde auf eine Schlussbesprechung von Seiten des Rechnungshofes verzichtet.

Die im Prüfungsbericht dargestellten Prüfungspunkte wurden allesamt aufgenommen, teilweise konnten diese bereits erledigt werden oder werden in 2022 bearbeitet. Zu nachfolgenden Prüfungspunkten nimmt die Verwaltung erneut Stellung:

Randnummer 7 bis 11 – Personalbedarfsermittlung

Wie der Rechnungshof in seinem Bericht vermerkt, konnten durch die umfangreiche Organisations- und Personaluntersuchung der Büroleitung bereits 255.000 Euro jährlich eingespart werden.

Die weiteren Anmerkungen des Rechnungshofes, die Einsparpotential in Höhe von 192.200 Euro ergeben würden, können hingegen nach wie vor nicht geteilt werden. Sowohl die zugrundeliegende Einwohnerzahl, als auch der Anteil der Fachbereichsleitungen an Leitungstätigkeiten entsprechen nicht der Realität und werden daher auch künftig entsprechend anders bewertet.

Der Personalbedarf im Sachgebiet 1.2 – Informationstechnologie – wird im Jahr 2022 durch den entstandenen Personalwechsel und der neuen Aufgabenverteilung durch eine weitere Organisationsuntersuchung zur Ermittlung des Personalbedarfs überprüft und mit dem Stellenplan 2023 vorgestellt. Die Anmerkungen im Prüfbericht werden jedoch nicht geteilt.

Randnummer 12 bis 14 – Dienstwagen des Bürgermeisters

Der Rechnungshof stellte zunächst fest, dass dem Bürgermeister ein von der Stadt geleaster Dienstwagen zur Verfügung gestellt wurde, den er auch privat nutzt und für diesen ein entsprechendes Fahrtenbuch führt.

Weiterhin war festzustellen, dass der Bürgermeister die private Nutzung als geldwerten Vorteil nach der sog. Fahrtenbuchmethode versteuert hat.

Der Rechnungshof bemängelte jedoch, dass der Bürgermeister der Stadt Bad Dürkheim nicht berechtigt sei, sich die unentgeltliche Privatnutzung seines Dienstwagens selbst zu genehmigen und auch eine etwaige konkludente Duldung durch den jeweils zur Vertretung des Bürgermeisters berufenen Beigeordneten nicht ausreiche und die unentgeltliche Privatnutzung somit einer rechtlichen Grundlage entbehrte.

Die Verwaltung konnte belegen, dass sich der Bürgermeister keinesfalls die unentgeltliche Privatnutzung selbst genehmigt hatte, sondern ein einstimmiger Stadtratsbeschluss vom 28. Februar 2001 Grundlage dieser Nutzung ist. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die entsprechenden Darstellungen, insbesondere auf Seite 31, im endgültigen Bericht nicht korrigiert wurden.

Die Entscheidung aus dem Jahr 2001 setzt die gängige Praxis durch mehrere Vorgänger im Amt fort. Diese beinhaltete nicht nur die unentgeltliche Privatnutzung, sondern auch das Stellen eines eigenen Fahrers. Der Beschluss war entsprechend an das Amt des Bürgermeisters gebunden und nicht an eine Person. Eine schriftliche Dienstvereinbarung war auf Grund des Stadtratsbeschlusses nicht nötig.

Der Rechnungshof sieht diesen Stadtratsbeschluss im aktuellen Bericht als rechtswidrig an und leitet dies über mehrere juristische Querverweise aus der Dienstkraftfahrzeug-Richtlinie des Landes Rheinland-Pfalz her, nach der lediglich Beamten der Besoldungsgruppen B 5 und höher erlaubt sei, ihren Dienstwagen u.a. auch für private Fahrten unentgeltlich zu nutzen. Die Prüfung des Rechnungshofes im Jahr 2008 hatte dies nicht bemängelt.

Bürgermeister Glogger hat sich entschieden, zukünftig ganz auf einen Dienstwagen zu verzichten. Er hatte mit seinem Dienstantritt bereits ein kleineres Fahrzeug gewählt und keine Fahredienste

mehr in Anspruch genommen. Die aus Sicht des Rechnungshofes offenen Beträge für die Jahre 2017 – 2021 wurden vonseiten der Verwaltung zurückgefordert und beglichen. Der Dienstwagen des Bürgermeisters ist bereits in den Dienstwagenpool der Stadt überführt und ein auslaufender Leasingvertrag nicht verlängert worden.

Randnummer 15 Vergütung von Überzeiten

Aus Sicht der Verwaltung würde ein ersatzloses Streichen von tatsächlich geleisteten Überstunden allen Bemühung zuwiderlaufen, die Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren, der die Motivation von Arbeitnehmern belohnt. Durch die neue Arbeitszeitvereinbarung und die zugestandene Übergangsfrist ist es möglich, einvernehmliche Lösungen zu finden. Der Sachverhalt wurde der Eigenschadenversicherung gemeldet, über das Ergebnis wird nach Rückmeldung des Versicherers informiert.

Randnummer 29 Kalkulation der Mieten

Der Sachverhalt wurde aufgenommen und der Eigenschadenversicherung gemeldet, über das Ergebnis wird nach Rückmeldung des Versicherers informiert.

Randnummer 16 - 18 Gebäudereinigung

Die Anmerkungen zur Gebäudereinigung, insbesondere zu den dort errechneten Einsparpotenzialen, entsprechen auch im endgültigen Bericht nicht den praktischen Erfahrungen und können deshalb aus Sicht der Verwaltung, zumindest in großen Teilen, nicht nachvollzogen werden.

Randnummer 20 – 24 Informationstechnologie (IT)

Die Anmerkungen zum Sachgebiet Informationstechnologie können auch im endgültigen Bericht, zumindest in Teilen, nicht nachvollzogen werden (bspw. die Hinweise zu den IT-Bestandsverzeichnissen und der Passwortkomplexität).

Anlagen: